

HEINRICH BODENSIECK

Tabuvorwurf in der Bundesrepublik

Ein Überblick für die Politische Bildung

I

Tabu und Totschweigen — diese Stichworte findet man in politischen Äußerungen Westdeutschlands in zunehmendem Maße. Sie werden als Vorwürfe gebraucht. Worauf beziehen sie sich? Was ist mit ihnen gemeint? Stellen sie bloße Klischees dar ¹⁾?

Diesen Fragen sei im folgenden nachgegangen. Ein Überblick möge als Bestandsaufnahme zunächst die Spannweite der Verwendung aufweisen. Ganz bewußt wurden auch Illustrierte als Material ausgewertet. Sie bieten nicht nur „Sex and Crime“, sondern seit Jahren zunehmend ebenfalls politische Meinungen. Dabei bleibe dahingestellt, inwieweit dieses vielfältige Angebot auch meinungsbildend wirkt. Auf jeden Fall gelten die Argumente, die hier der breiten Öffentlichkeit vorgetragen werden, dem, was in aktuellen politischen Diskussionen behandelt wird. Nach dem Aufweis des Befunds ist zu fragen, was die Tabu-Vorwürfe besagen. Bei der Mehrzahl jener, die den Ausdruck verwenden, ist eine gemeinsame Stoßrichtung nicht zu übersehen. Dieser Richtung entsprechen eine bestimmte Vorstellung von Politik sowie eine politische Denkungsart. Kritisiertes und Vorwürfe entsprechen zwei Positionen in der Politischen Bildung. Ihre Aufgabe kann durch die aktuellen Diskussionen erhellt werden.

II

Carlo Schmid hat 1956 davor gewarnt, daß ein bestimmtes Tabu, wenn es nicht gebrochen werde, eines Tages Herr über uns werde und uns verhexe. Zwei Hefte der Zeitschrift *Magnum* galten 1960 und 1961 vielerlei Bedeutungen von Tabu²⁾. *Karl Jaspers* verwendete den Begriff 1960 im Zusammenhang mit seinen Erörterungen über „Freiheit und Wiedervereinigung“. *Thomas Ellwein* erwähnte 1963, daß es in der BRD „Tabuzonen“ für die politische Willensbildung gebe. Gleichzeitig legte *Rudolf Schuster* ausdrücklich unter Bezug auf ein „wohlgehütetes Tabu unserer Politik“ eine umfangreiche Untersu-

1) Vgl. Heinz Aboch, Klischeesprache und Demokratie, GM 1965, S. 607 ff.

2) GM 1960, S. 567.

chung vor. 1964 sprach *Ernst Fraenkel* von den Tabus, „die die Väter der Verfassungsordnung von 1793 errichtet haben“³⁾. In der Publizistik tauchte Tabu besonders 1964/65 auf: in Sammelbänden wie *Rororo-„Information“* bei *Gerhard Schoenberger* und in *Rororo-„Politik ohne Vernunft“* bei *Walter Jens*, ebenso im *Spiegel* und in den großen Illustrierten. Hier verwendeten es vor allem Kolumnisten: *Rüdiger Proske* in *Revue*, *Henri Nannen* und *Sebastian Haffner* im *Stern* sowie *Matthias Waiden* in *Quick*. Selbstverständlich spielten Tabus auf Tagungen und in Buchtiteln eine Rolle⁴⁾.

Die Aussagen, daß etwas tabu sei, bezogen sich auf unterschiedliche Sachverhalte. Carlo Schmid's Warnung bezog sich auf die Oder-Neiße-Grenze. In diesem Zusammenhang dürfte tabu seitdem verhältnismäßig häufig verwendet worden sein⁵⁾. Überhaupt findet man die Urteile, daß etwas tabu sei oder totgeschwiegen werde, vor allem bei Sachverhalten, die unter „Deutscher Frage“ und ihrer Entstehung seit dem Zweiten Weltkrieg erfaßt werden können. Das gilt für die Art, in der die nationalsozialistische Epoche behandelt wurde, genauso wie für die Verlegenheit, mit der jährlich an den 8. Mai 1945 erinnert wird (*S. Haffner, Stern*, 16. 5. 1965). Auch der Anteil, den die westlichen Besatzungsmächte an der Entstehung der BRD genommen haben, sei häufig totgeschwiegen worden⁶⁾.

Ähnliches meinte *Margret Boveris* Äußerung, „daß in der westlichen Publizistik peinlich vermieden wird, daran zu erinnern, wie oft auf dem staatsrechtlichen Gebiet der Westen den ersten Schritt tat, durch den damals noch vorhandene Lösungsmöglichkeiten vermauert wurden“⁷⁾. Tabu wurde verwendet in bezug auf „die Frage nach Deutschlands staatlicher Existenz“ (*R. Schuster*), also bei der Entscheidung für den Alleinvertretungsanspruch der BRD etwa gegen die Zwei-Staaten-Theorie. Damit hängt die Verwendung bei allem zusammen, was mit „drüben“ zu tun hat, mit der Bezeichnung sowie mit der anzuwendenden Politik⁸⁾.

Überhaupt ist festzustellen, daß seit 1960 mancher Publizist und Wissenschaftler beklagt, alle wesentlichen Bereiche der Innen- und Außenpolitik der BRD seien tabuiert worden. *Axel Eggebrecht* stellte 1961 „die Macht der anerkannten Tabus“ zusammen⁹⁾. *G. Schoenberger* nannte 1964 z. B. das Wehrbudget, die Kommunistenprozesse, West-Berlin, die UdSSR, Kuba oder Algerienkrieg¹⁰⁾. *Walter Dirks* bedauerte, daß bei uns die Zukunft tabuiert sei¹¹⁾. *S. Haffner* klagte am 29. 11. 1964 im *Stern*: „Ob Krebsmedizin oder Bundeswehr, ob politische Justiz oder Außenpolitik: überall... die gleichen Tabus, die gleichen Verkettungen.“ *Henri Nannen* zog im *Stern* (21. 2. 1965) Bilanz und erwähnte nach einer längeren Aufstellung: „Die Beziehungen mit Ägypten sind ohnehin auf dem Nullpunkt, und was die Israelis angeht, so steht ein Tabu gegen

3) E. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 1964, S. 61.

4) G. Zwerenz, Wider die deutschen Tabus, List 1963. — Vgl. dt. Titel für Sammelband von J. K. Galbraith, rde Bd. 213 (1964) Tabus in Wirtschaft und Politik der USA. — Das erste Nürnberger Gespräch befaßte sich 1965 ausdrücklich mit Tabus und ihren Auswirkungen auf Gesellschaftsstrukturen, vgl. ed. H. Glaser, Haltungen und Fehlhaltungen in Deutschland, Freiburg/Br. 1966, S. 55 f. — Vgl. K. Bölling, Tabus in diesem Land, in: ed. H. Hammerschmidt, Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945 — 1965, S. 375 f., München 1965.

5) Erwähnt seien nur Überschrift der Titelgeschichte im „Spiegel“, 22. 11. 1961, sowie Hinweise bei Ellwein, Regierungssystem, 1965, S. 448 f. J. A. v. Rantzaу, Volksbewegung für Wiedervereinigung und westdeutsche Tabus, Deutsche Rundschau 1958, S. 20 f.

6) Th. Stammen, Einigkeit und Recht und Freiheit, dtv-Bd. 286, S. 13.

7) M. Boveri, Im Irrgarten der Mauern, in: ed. A. Skriver, Berlin und keine Illusion, (1962), S. 77.

8) K. Jaspers: ob „unter Preisgabe der Wiedervereinigung (erg. in den nationalstaatlichen Grenzen von 1937) allein auf Freiheit zu bestehen sei“, Lebensfragen der deutschen Politik, dtv-Bd. 105, S. 249. — E. Richert: „Tabus verstellen den Raum möglicher und sinnvoller Übereinkommen in der deutschen Frage“, Das zweite Deutschland, 1964, S. 12. — A. Neven duMont: „Das Tabu, mit dem in der politischen Wirklichkeit für uns nur halb existierenden mitteldeutschen Staat ins Gespräch zu kommen, . . . wird weiter verewigt“, I Magnum-Heft „Das Dilemma im Osten“, 1965, S. 8.

9) Atombewaffnung, Neutralität, Wiedervereinigung, durchgreifende Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und religiöse Fragen, rororo — Die Alternative, S. 26 f.

10) rororo-Information, S. 64 f.

11) rororo-Information, S. 40.

das andere." Nach der Regierungsbildung vom Herbst 1965 meinte *S. Haffner*: „Aber eine Koalition mit der SPD war für alle tabu" (*Stern*, 7. 11. 1965). Schließlich sei die Meinung nicht übergangen, daß der Bundespräsident tabu sei¹²⁾.

Nicht nur Kritiker der Regierungspolitik verwendeten die Vorwürfe des Tabus oder des Totschweigens. *Joachim H. Knoll* verwies 1964 darauf, daß die Entwicklung der BRD durch „problematische Tabus" gehemmt worden sei, „da man sich unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Unrechtspraxis einige Tabus auferlegte, die erst später wieder gebrochen werden mußten". Dazu zählte er Bestimmungen des BGG, die den Aufbau einer demokratischen Bundeswehr verhinderten, sowie die verfassungsmäßige Festlegung des Post- und Fernmeldegeheimnisses, ohne daß einschränkende Gesetze erlassen worden seien. Dadurch hätte man sich bei der Abhöraffaire 1963 „Aufregung" ersparen können¹³⁾.

Matthias Waiden setzte sich in *Quick* (4. 4. 1965) ausdrücklich mit dem Stichwort Tabu auseinander. Er führte seine Beliebtheit auf einen Schlagler zurück. „Das Schlagwort lebt als Schlagwort in der politischen Hit-Parade weiter und hält sich im Repertoire oppositionell gestimmter Fans an der Spitze." Die beliebtesten Beispiele für Tabu-Behauptungen wie Oder-Neiße-Grenze, Kirchen, *Lübke*, Wiedervereinigung und *Hallstewz*-Doktrin seien gar keine Tabus, da über sie öffentlich diskutiert werden dürfe. Dann versuchte Waiden, sozusagen den Spieß umzudrehen. Er nannte als tatsächlich bei uns bestehende Tabus: die Jugend, die Tüchtigkeit, die Mehrheit, die „einfachen Menschen", „das Zeitgemäße", die moderne Kunst und den Fortschritt. Bei anderen Gelegenheiten verwies er auf das unterschiedliche Ausmaß der Entrüstung angesichts von Greuel im Kongo und der anglo-amerikanischen Interventionen: „Selbständigkeit tabu, Eingriff schlecht" (*Quick*, 20. 12. 1964), oder: „Nazi-Täter in Kairo waren und sind für kommunistische Propagandisten tabu" (*Quick*, 7. 2. 1965).

Bereits 1958 hatte *Eugen Lemberg* hervorgehoben, daß „die Diskussion über den Nationalismus ... in Deutschland etwas von einem Eisberg" habe¹⁴⁾. *Thomas Ellwein* zählte 1963 zu den Tabuzonen „das Verhältnis zum Vaterland" ¹⁵⁾. *Erich Mende* drückte diese Meinung in einer Antwort an Matthias Waiden so aus: „Nach dem Zweiten Weltkrieg schien es so, als wenn die Begriffe Volk, Vaterland, Nation auf einem geschichtlichen Müllhaufen gelandet wären." (*Quick*, 23. 5. 1965)¹⁶⁾. Schließlich ist erwähnenswert, daß führende CDU-Politiker im Hinblick auf die „formierte Gesellschaft" und die Staatsform, die ihr entsprechen soll, von Tabus sprachen. *Eugen Gerstenmaier* tat dies, als er darauf hinwies, daß „die Organisationsformen unserer Demokratie" geändert werden müßten. „Es geht darum, wie der freiheitliche Rechtsstaat gesichert und kraftvoll durch dieses Jahrhundert kommen soll, ohne daß ihm auch nur die Haut geritzt wird. Vielleicht scheut sich mancher, an diese Frage heranzugehen, weil er fürchtet, dabei mit gewissen Tabus in Konflikt zu geraten und in seiner demokratischen Integrität von sehr kurzfristigen Leuten in Frage gestellt zu werden" ¹⁷⁾. *Ludwig Erhard* meinte in der Wahlausgabe von *Quick* sicherlich ähnliches, als er für die „parlamentarische Demokratie" „ein modernes Instrumentarium zur raschen und erfolgreichen Bewältigung unseres immer komplizierter werdenden Lebens" forderte und deshalb Methoden verlangte,

12) O. Köhler, Pardon, April 1964, S. 22 f.

13) Beilage APUZ Nr. 23 zum „Parlament", 8. 7. 1964, S. 8 f.

14) „Was heißt heute deutsch sein?", Ansätze Heft 15, S. 7.

15) Th. Ellwein, Das Regierungssystem der BRD, 1965, S. 466.

16) Bei diesem Urteil konnte es nicht verwundern, daß Mendes Bundesministerium kurz vor den Bundestagswahlen am 20. 8. 1965 „Richtlinien für die Bezeichnung Deutschlands" erließ; in ihnen wurde jegliche Verwendung der drei Buchstaben DDR untersagt, auch etwa in Anführungszeichen oder als sog. „DDR". Stattdessen wurden die „richtigen" Bezeichnungen kategorisch vorgeschrieben.

17) „Spiegel"-Gespräch, 16. 9. 1964, S. 43.

„die mit den konventionellen Dogmen und Ismen der Vergangenheit nichts mehr gemein haben" (*Quick*, 19. 9. 1965).

Bei Tabu und Totschweigen handelt es sich also durchaus um Ausdrücke, die jeder seinem Gegner vorhalten kann. Wer sie verwendet, kann mit den Vorwürfen zugleich darauf verweisen, wem er die Verantwortung für eine Tabuierung zuweist. *Winfried Martini* tat dies, indem er „den Linken" die Monopolisierung des „Weltgewissens" vorwarf: „Kommt irgendwo ein Mann der Linken als Verräter ums Leben, empört sich die Welt — aber sie schweigt, wenn das gleiche Schicksal einen Mann der Rechten trifft: das Weltgewissen ist links." (*Kristall*, 1965, Nr. 6). Andererseits machte *Rüdiger Proske* in seiner ersten Periskop-Kolumne „die SPD-Tabus" dafür verantwortlich, daß es im Deutschen Bundestag seit 1960 im wesentlichen keine parlamentarische Opposition mehr gegeben habe (*Revue*, 1964, Nr. 1)¹⁸⁾.

Viele, die eine Tabuierung und ein Totschweigen beklagten, warfen dies nicht nur einer Gruppierung vor. Im Grunde meinten die meisten ein „Kartell des Schweigens"¹⁹⁾. *Karl Jaspers* hatte in diesem Sinn bereits 1960 alle Parteien des Deutschen Bundestages beschuldigt, die Wiedervereinigung lediglich als Schlagwort „im Wahlkampf um die Macht" zu benutzen: „Keine Partei wagt, unter Preisgabe der Wiedervereinigung also auf Freiheit zu bestehen"²⁰⁾. Im „Memorandum der Tübinger Acht" (am 24. 2. 1962 veröffentlicht) wiesen namhafte Protestanten auf fünf Ziele hin, deren Erreichung nötig und möglich, aber durch den Zustand der öffentlichen Meinung gehemmt werde: u. a. aktive Außenpolitik unter Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete; militärisch wirkungsvolle, politisch behutsame Rüstungspolitik unter Verzicht auf nationale oder europäische Atomrüstung; zweckmäßige Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung; unnachgiebige und planvolle Sozialpolitik. Sie begründeten ihre private Ausarbeitung damit, daß alle politischen Parteien und ein großer Teil der Öffentlichkeit dazu neigten, „den Blick vor gesellschaftlichen und politischen Übelständen zu verschließen und harten Entscheidungen auszuweichen"²¹⁾.

Diese Vorstöße namhafter Privatleute blieben wirkungslos. *Felix Rufenach* stellte in *Revue* (1964, Heft 1) fest: „Die bundesdeutsche Parteipolitik hat eine Reihe von Tabus errichtet." *G. Schoenberger* beklagte 1962, daß „keine der Bonner Parteien. . . den Mut aufgebracht habe, der Öffentlichkeit die volle Wahrheit zu sagen"²²⁾, und 1964 verwendete er das Wort von den „Bonner Tabus"²³⁾. *Günter Gaus* klagte 1965 „die Parteiredner" und „die westdeutschen Politiker" insgesamt an, im Wahlkampf besonders die wesentlichen Probleme einer Ostpolitik zu verschweigen²⁴⁾. Anlässlich der geheimen Diskussionen, die alle drei Bundestagsparteien „unter dem irreführenden Stichwort ‚Notstandsgesetzgebung' " führten, verwies *S. Haffner* auf den „Eisernen Vorhang des Geheimnisses . . . in Bonn" (*Stern*, 30. 5. 1965). Nach den Bundestagswahlen 1965 sollte schließlich die „Evangelische Denkschrift: Die Lage der Vertriebenen . . ." dazu beitragen, die Diskussion über Ostfragen zu versachlichen und das beharrliche Schweigen zu brechen, das von allen Parteien gehütet worden sei²⁵⁾.

18) R. Augstein hat seit Jahren vergleichbar argumentiert, s. seine Disputationen über Aufgaben der Opposition seit 1963, wiedergegeben in Sonderdrucken und Beilagen seiner Zeitschrift „Spiegel".

19) Klaus Schuler verwendete den Ausdruck in seinem Plädoyer für die FDP als »störende Partei", als er gegen die Propaganda für ein Zweiparteiensystem argumentierte, *liberal* 1965, S. 547.

20) K. Jaspers, *Lebensfragen der deutschen Politik*, dtv-Bd. 105, S. 249.

21) „Zeit" 2. 3. 1962, S. 6. AdG 1962, S. 9697. — Vgl. O. H. v. d. Gablentz, *Gefangene der Vergangenheit*, „Zeit" 16. — 30. 11. 1962; im letzten Beitrag ausdrücklich hervorgehoben die „Tabus in der Deutschlandpolitik".

22) ed. A. Skriver, *Berlin und keine Illusion*, S. 86.

23) *rororo-Information*, S. 72.

24) G. Gaus, *Bonn ohne Regierung*, 1965, S. 132.

25) Vgl. Erik Blumenfeld (CDU), zit. in „Deutschland und die östlichen Nachbarn" 1966, S. 52. In diesem Zusammenhang mit der EKD-Denkschrift und der Ostpolitik verwendeten eine Reihe von KDP-Politikern den Begriff, so R. Schroers und W. Borm, *liberal* 1966, S. 176, S. 182. Ebenso K. H. Flach in seinen Leitartikeln in der *Frankfurter Rundschau*.

III

Der Befund erweist zunächst, daß Tabu hier stets im übertragenen Sinn verwendet worden ist. *Wolfgang Metzger* hat betont, es seien „vom eigentlichen Tabu aufs schärfste abzusetzen alle Sprachregelungen und alle Versuche, Tatbestände zu verheimlichen oder ihre kritische Erörterung zu unterbinden, soweit diese Versuche dazu dienen, eine Fassade aufrechtzuerhalten oder den Blick hinter die Kulissen eines Theaters zu verhindern . . . Kein echtes Tabu liegt also bei denjenigen Sachverhalten vor, von denen man nicht reden und die man nicht beim Namen nennen darf, entweder . . . weil dadurch die wirklichen Machtverhältnisse und Verantwortlichkeiten sichtbar würden, oder weil die ungelösten Probleme . . . die unüberbrückbare Kluft zwischen Versprechung und Erfüllung und zuletzt sogar womöglich die Brüchigkeit der gedanklichen Grundlagen der Staatskonstruktion ans Licht kämen“²⁶⁾.

Ferner ist festzustellen, daß bestimmte Ereignisse bzw. Termine eine Rolle spielten, wenn die Existenz von Tabus beklagt wurde; jeweils geraume Zeit vor Bundestagswahlen häuften sich die Vorwürfe. Im Jahre 1961 wurde dies durch das Berliner Geschehen seit dem 13. August verstärkt und über den Wahltag hinausgeführt.

Inhaltlich ergibt sich, daß Tabus auf zweierlei bezogen wurden: auf politische Sachverhalte sowie auf politische Verhaltensweisen. Selbstverständlich stellt auch ein bestimmtes Verhalten einen Sachverhalt dar. Aber für unsere Überlegungen sei die Unterscheidung beibehalten. Sie trennt Befunde, die dem unmittelbaren Einfluß der Handelnden mehr entzogen waren, von solchen subjektiverer Natur.

Bei den Sachverhalten, um deren Tabuierung es ging, handelte es sich einmal um Probleme, die noch nicht geregelt waren bzw. deren bisherige Regelung nicht als gerecht oder nicht als verbindlich anerkannt wurde (Beispiel: Oder-Neiße-Grenze). Zweitens konnte es um Zustände gehen, die als zuwenig gesichert betrachtet wurden (Beispiel: Lage Westberlins). Drittens konnte es sich um Einrichtungen handeln, deren Arbeitsweise angesichts neuer Entwicklungen als nicht mehr zweckmäßig genug bewertet wurde (Beispiel: *Gerstenmaiers* Hinweis auf die Organisationsformen der Demokratie). Viertens mochten damit ideologische Trends gemeint sein, mit denen man nicht einverstanden war (Beispiel: die offensichtliche Geringschätzung weiter Kreise für ein wesentlich national-vaterländisch bezogenes Denken). Dieser Sachverhalt leitet über zu den politischen Verhaltensweisen.

Hier ging es zum einen um eine Sonderstellung des *Bundespräsidenten* und um die Frage, ob ihr eine entsprechende Zurückhaltung des Amtsinhabers bei politischen Äußerungen entsprechen müsse. Zum anderen und durch Jahre hindurch betrafen die Vorwürfe den neuen Kurs der SPD seit 1959/60. Dies wiederum hängt eng zusammen mit dem allgemeineren Vorwurf, daß alle im Bundestag vertretenen Parteien bestimmte wesentliche Probleme in einer Art behandelten, die Unbehagen bereitete. Neuerdings galt dies besonders für die Verfassungsänderung, die für einen Ausnahmezustand beabsichtigt ist. Das gemeinsame Verhalten wirkte als „Kartell der Tabuierungen“. Es forderte zu Pauschalurteilen über die „Bonner Tabus“ „*der Bonner Parteipolitiker*“ heraus.

Eine derartige Redeweise scheint fatal dem Schlagwort vom „Weimarer System“ zu ähneln. Der System-Vorwurf sollte das „Undeutsche“ und „Volksfremde“ einer Staatsordnung ausdrücken. Demgegenüber verweist die Kartellversion der Tabu-Vorwürfe nur auf unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie. Wer das „Kartell“ beklagt, bekämpft nicht automatisch die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Vielmehr wendet sich

26) *Radius* 1961, Heft 1, S. 24.

diese Redeweise gegen den Umfang jener Distanz, die im geltenden repräsentativen System sowieso zwischen „denen da oben“ und der bloßen Wählerschaft besteht. Die Distanz wirkt offensichtlich für diejenigen Repräsentierten, die politisch interessiert sind, als eine zu breite Kluft. Sie meinen zu bemerken, daß ihre Repräsentanten wesentliche Probleme gar nicht anpacken wollen, sondern sie auf die lange Bank schieben, oder daß Repräsentanten sich gar nicht um die Meinungen der Repräsentierten kümmern.

Insofern sind dann außerparlamentarische Bemühungen etwa einzelner Verbände, in der Publizistik oder der Kirchen verständlich. Sie zielen darauf ab, die genannten Tabus zu beseitigen. Praktisch tritt damit in der Verfassungswirklichkeit ein plebiszitäres Element zur wesentlich repräsentativ gemeinten Verfassungsordnung hinzu. Diejenigen, die es verkörpern, bekämpfen damit im Grunde genommen den Anspruch der Repräsentanten, ein Monopol für die Auswahl der politisch bedeutungsvollen Themen sowie für die Art ihrer Behandlung zu besitzen. Sie widerstreben der politischen Entfremdung; sie ist nach *Ernst Fraenkel* für die „Anhänger der repräsentativen Demokratie... ein Talisman“²⁷⁾. Die Kritiker meinen, die repräsentative Demokratie habe in unserer Verfassungswirklichkeit eine neue Obrigkeit entstehen lassen. Ihr steht das Wahl-Volk gegenüber²⁸⁾.

Die Kritiker urteilen, die neue Obrigkeit betrachte dies Volk kaum als mündig. Neben dieser Ursache für das Bonner „Kartell der Tabuierungen“ wäre noch zu überlegen, ob „Tabuzonen“ deshalb errichtet wurden, weil die Parteien, die „auf Bundesebene“ existieren, nicht zur Einigung über diese Fragen fähig waren²⁹⁾. Könnte die Überlegung nicht auch eine Rolle gespielt haben, daß „man“ der BRD ähnliche Grundsatzdiskussionen ersparen wollte, wie sie die Weimarer Republik (Dolchstoßlegende!) erschütterten? Daß „man“ stillschweigend einig gewesen ist, auf diese Weise eine Radikalisierung zu verhindern, weil sie sich damals bei derartigen Gelegenheiten ergeben hat?³⁰⁾

IV

Die Skala der Tabu-Vorwürfe und das damit Gemeinte verweisen über aktuelle Probleme hinaus. Denn Tabus und ihre Ursachen in unserem Regierungssystem entspringen einer bestimmten Grundhaltung. Die meisten, die Tabuierungen aufdeckten, beklagten diesen Sachverhalt. Wer von den Kritikern nach Gründen suchte, führte als Ursachen an: Die Verabsolutierung des repräsentativen Elements in der Verfassungsordnung sowie die langjährige Gemeinsamkeits-Praxis der entscheidenden politischen Kräfte. Beides habe bewirkt, daß sich alle großen Parteien und Verbände in wichtigen Fragen so verhielten, als ob sie zu einem Kartell integriert seien. An Symptomen fehlte es von 1959 bis 1965 nicht. Soweit überhaupt miteinander gestritten wurde, wünschten die Führungsgremien dies offiziell auf Fragen einzugrenzen, die verhältnismäßig unwesentlich waren. Zugleich bevorzugten die Verantwortlichen eine Wahlpropaganda, die dem Ausklammern von aktuellen Differenzen entsprach. Sie war emotional-assoziativ angelegt und verzichtete weitgehend auf die sachliche Erörterung von Argumenten. Gerade der Wettlauf um opti-

27) Ein Musterbeispiel für diese Haltung dürfte in E. Mendes parlamentarischer Auskunft zu finden sein, eine durch Indiskretion bekanntgewordene Analyse der Ost-Denkschrift der EKD sei nicht für unbefangene Leser bestimmt gewesen, sondern nur für informierte Politiker, Frankf. Rundschau 3. 3. 1966, S. 1. — Fraenkels Zitat s. (Anm. 3 oben), S. 62.

28) K. Jaspers sprach bereits 1963 von einer „Oligarchie der Parteienherrschaft, mit der die Parteien unter sich, im Kampf um die Stimmen, doch einig sind“, dtv-Bd. 105, S. 18.

29) Th. Ellwein, Das Regierungssystem der BRD, 1965, S. 455.

30) Ungewollt könnte aus dieser Verabsolutierung einer geschichtlichen Erfahrung eine Tabu-Ideologie werden, die den Status quo sanktioniert und von den herrschenden Parteien getragen wird. Über mögliche Entwicklungen sei hier nicht weiter spekuliert. Aber D. Rüschemeyers Ausführungen I über „Mentalität und Ideologie“TM im Fischer-Lexikon „Soziologie“, S. 182, sollten nicht übersehen werden.

mal wirkungsvolle Bilder, Melodien und Slogans eines derartigen Stimmenfangs, im Sommer 1965 bewies das. Statt des rationalen Elements herrschte das irrationale³¹⁾. Es entschied das Mehr oder Weniger an Vertrauen, das ein Spitzenkandidat für seine Person und dann erst für sein Programm zu erwerben vermochte.

Auch diese Art, in der „die drei etablierten Parteien der Bundesrepublik“³²⁾ ihre Macht sicherten, rief Widerspruch hervor. Jene, die mit ihren Vorwürfen letztlich auf ein Bonner „Kartell des Totschweigens“ zielten, meinten, daß dieses Kartell im wesentlichen deklamiere, idealisiere, moralisiere und für den Hausgebrauch demonstriere. Politische Sachverhalte betrachte es lediglich juristisch. So kämen der Öffentlichkeit und wohl auch manchem Politiker die Realitäten nicht in den Blick. Andere Verantwortliche anerkannten zwar stillschweigend die Wirklichkeit, tabuierten sie aber mit Worten. *Günter Gaus* wies eindringlich darauf hin, welche Folgen sich aus einer solchen Heuchelei und Meinungslenkung angesichts unübersehbarer Realitäten ergäben: „Sowohl die Glaubwürdigkeit der demokratischen Parteien als auch die innere Aussöhnung mit der Lebensform der westlichen Demokratien (werden) schweren Schaden nehmen. Das Gefühl, wieder einmal verraten und verkauft worden zu sein, wird üppig ins Kraut schießen . . . Aufklären wird man den Bundesbürger eines Tages müssen. Entledigt man sich dieser lästigen Pflicht zu spät, so wird er alles Einschlägige schon auf der Straße gehört haben“³³⁾.

Die Warnung enthält das entscheidende Stichwort: „Aufklärung“. Es stellt den Hauptnenner dar für die meisten, die den Tabu-Vorwurf erhoben haben. Sie wiesen nämlich nicht nur auf Mängel hin, sondern sie nannten gleichzeitig jene Art von Politik, die sie statt der kritisierten für notwendig hielten. Ihre Forderungen lassen sich so zusammenfassen: Illusionslosigkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber der Bevölkerung (*K. Jaspers*) — „Entschlossenheit, vor Emotionen nicht zu kapitulieren“ (*R. Schuster* im Sinne von *M. Weber*) — sachlich und öffentlich geführte Diskussionen über alle Probleme (*C. F. v. Weizsäcker*); dabei müsse die Bereitschaft wachsen, „den anderen zunächst einmal, auch bei allen Vorbehalten, aus seinen Motiven und Interessen heraus zu verstehen“ (*E. Richert*). Nur so sei „eine neue Grundlagenbestimmung ohne vorher feststehendes Ergebnis“ möglich (*R. Henkys*). Erst dann könne überhaupt eine konstruktive Politik begonnen werden³⁴⁾.

Für alle, die so sprechen, sind nüchtern-rationale Auseinandersetzungen notwendig und zugleich möglich. Sie möchten nicht nur darauf angewiesen sein, wenigen Führungsgremien vertrauen zu müssen. Stattdessen halten sie die große Mehrheit der Wähler für mündige Bürger. Deshalb erwarten sie von der parlamentarischen Opposition, daß sie klare Alternativen zur Regierungspolitik vertrete und in diesem Sinne die Öffentlichkeit dauernd aufkläre³⁵⁾.

Diese Kritik bezog und bezieht sich unmittelbar auf die aktuelle Politik. Sie sollte jedoch nicht darauf beschränkt bleiben. Denn in ihrer Struktur entspricht sie grundsätz-

31) Tgl. J. Dahl, Wortkampf um Wähler, GM 1965, S. 641 f.

32) A. Neven duMoat (s. oben Anm. 8).

33) G. Gaus, Bonn ohne Regierung, München 1965, S. 130.

34) K. Jaspers und E. Richert s. oben Anm. 8 — R. Schuster, Deutschlands staatliche Existenz . . ., München 1963, S. XX — C. F. v. Weizsäcker zum „Tübinger Memorandum“ (s. oben Anm. 21) sowie in ed. J. Schlemmer, Die politische Verantwortung der Nichtpolitiker, München 1964, S. 16 — R. Henkys in „Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beitrag zu einer evang. Denkschrift“, Stuttgart 1966, S. 34. — Ähnlich: Theo Sommer in der „Zeit“; Peter Bender, Offensive Entspannung, Köln 1964; Hannah Arendt, Wahrheit und Politik, in ed. J. Schlemmer, a.a.O., S. 170.

35) Damit entschieden sich die Kritiker gegen Gemeinsamkeits-Theorien der Demokratie und für Konkurrenz-Theorien. Dafür vgl. E. Fraenkel (s. oben Anm. 3) S. 62 f. und ausführlicher: W. Steffani, Zur Kritik am Parteienstaat und zur Rolle der Opposition, Beilage APUZ zum „Parlament“ Nr. 45/65 vom 10. 11. 1965, S. 19 f. Für die Politik der SPD vgl. H. Robinsohn in der Frankfurter Rundschau 16. 4. 1966, S. VI. Aufschlußreich waren die Antworten der CDU auf die Gemeinsamkeitspolitik der SPD; im Wahlkampf 1965 verlangte sie klare Alternativen von der Opposition — als W. Brandt im Juni 1966 neue Vorstellungen zur Deutschen Frage entwickelte, hieß es, die SPD verlasse die bisherige gemeinsame Linie.

lichen Diskussionen zur *Politischen Bildung*. Geht es in ihr darum, junge Menschen in „gesetzte Ordnungen“ hineinwachsen zu lassen? Ihnen beizubringen, daß sie sich einzu-fügen haben in eine gesellschaftlich-politische Ordnung, die wohlmöglich noch als in Theorie und Praxis beste aller denkbaren Ordnungen ausgegeben wird? Oder geht es in der Politischen Bildung darum, sowohl über Leitbilder und Wirklichkeit nüchtern zu in-formieren als auch dazu zu bilden, daß möglichst viele der Jugendlichen als Bürger ur-teilsfähig sind und entsprechend bestimmten Zielen und Spielregeln handeln können? Der einen Auffassung geht es darum, das Errungene zu verteidigen und Vertrauen zur Reprä-sentation zu gewinnen — die andere ist „fortschrittlicher“. Sie ist zugleich mißtrauisch gegenüber jedem, der an der Macht ist, und gegenüber Appellen ans Irrationale. Die Kritischeren verdecken keine Spannung zwischen einem Grundsatz und seiner Verwirk-lichung, sondern sie verweisen auf Widersprüche, sie bemühen sich darum, Ursachen zu ergründen. Ihnen geht es um öffentliche Diskussionen und in ihnen um Argumente für und wider bestimmte Entscheidungen.

Allerdings muß diese Gruppe — genauso wie die Tabu-Kritiker — sich auf eines aufmerksam machen lassen: die liberale Vorstellung vom einzelnen und von der Öffent-lichkeit kann nicht unkritisch übernommen werden. *Benthams* individualistische Utopie und die Ansicht, „die Öffentliche Meinung“ könne alles entscheiden, und zwar nach ra-tionalen Erwägungen, sind wirklichkeitsfremd³⁶). Daraus ist aber nicht zu folgern, man müsse in der Politischen Bildung sowie in der dauernden Diskussion der Bürger darauf verzichten, möglichst viele zum Verhalten als mündige Bürger zu erziehen bzw. daran zu erinnern, sich so zu verhalten. Dies ist „mehr ein Postulat als eine Realität“; so formulierte es *Gernot Gather*, als er für alle Lebensbereiche grundsätzliche Offenheit forderte. Aufs Geistige bezogen: „an die Stelle von Dogmen und Ideologien dürfen keine Tabus treten“³⁷). Dafür zu sorgen, eine „neue politische Denkungsart“ zu verbreiten, ist der Politischen Bildung und einer recht verstandenen freiheitlichen Publizistik aufgegeben. Für die „Oligarchie einer Parteienherrschaft“ hat *Karl Jaspers* diese Aufgabe „partei freier politischer Denker“ aufgezeigt: „Sie sagen nicht, was die Menge oder die Politiker begehren, sondern was die Bürger brauchen. Sie befragen ihre Reden und Handlungen: welche Vorstellungen spielen bei ihnen eine Rolle? Welche Gedanken bestimmen ihre Worte, ihre Handlungen? Welche Vorstellungen und Gedanken bleiben ganz außerhalb ihres Horizontes? Sind sie von großen Ideen und dem Ernst ihrer Verantwortung be-zwungen, oder brauchen sie ein Durcheinander überkommener Redensarten?“³⁸).

In diesem Sinn des immer erneuten Prüfens können die modischen Stichworte Tabu und Totschweigen in der Praxis der Politischen Bildung als Schlüsselwörter verwendet werden. Wenn es gilt, gesellschaftliche und staatliche Verhältnisse einsichtig zu machen und in gegenwärtige Entwicklungen einzuführen, so eignen sich als Ausgangspunkte Aus-sagen, in denen die Vorwürfe verwendet werden. Dann lassen sich ungelöste Probleme herausstellen sowie jene Entscheidungen, die als mangelhaft oder falsch bewertet werden, ferner wesentlich unterschiedliche Theorien der Demokratie (Gemeinsamkeits- und Kon-kurrenztheorien), ihre verfassungsmäßigen Ausformungen sowie ihre Verfechter, also politische Kräfte. So kann man von Fällen ausgehen und zu Kenntnissen, Begriffen und Einsichten führen. Sie befähigen den so Gebildeten, selbständig politisch zu urteilen. Tabus und Sprachregelungen ist er dann hoffentlich nicht hilflos ausgeliefert.

36) Zu *Benthams* Theorie, der Kritik daran sowie zur Bedeutung der Öffentlichen Meinung vgl. E. Fraenkel, Öffentliche Meinung und internationale Politik, „Recht und Staat“, Heft 255/56, 1962, S. 20 f., sowie in mehreren Beiträgen der oben (Anm. 3) genannten Aufsatzsammlung.

37) Offene Welt, Heft 82 (Dezember 1963), S. 455.

38) K. Jaspers (oben Anm. 8), S. 18. Vgl. K. Bölling (oben Anm. 4), S. 377 und 389 für eine recht verstandene Elite in einer freiheitlichen Demokratie.